

FDZ-Arbeitspapier  
Nr. 16

Ricarda Nauenburg

 **STATISTISCHE ÄMTER**  
DES BUNDES UND DER LÄNDER  
FORSCHUNGSDATENZENTREN

Die Europäische Union –  
Integration von unten  
oder Elitenprojekt?

Eine Sekundäranalyse  
von Mikrodaten  
der amtlichen Statistik

2006

FDZ-Arbeitspapier  
Nr. 16

Ricarda Nauenburg

 **STATISTISCHE ÄMTER**  
**DES BUNDES UND DER LÄNDER**  
FORSCHUNGSDATENZENTREN

Die Europäische Union –  
Integration von unten  
oder Elitenprojekt?

Eine Sekundäranalyse  
von Mikrodaten  
der amtlichen Statistik

2006

**Herausgeber:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder  
**Herstellung:** Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

**Fachliche Informationen**  
zu dieser Veröffentlichung:

Forschungsdatenzentrum  
der Statistischen Landesämter  
Standort Berlin  
Tel.: 030 / 90 21 36 85  
Fax: 030 / 90 21 36 40  
forschungsdatenzentrum@statistik-berlin.de

Erscheinungsfolge: unregelmäßig  
Erschienen im Oktober 2006

**Informationen zum Datenangebot:**

Statistisches Bundesamt  
Forschungsdatenzentrum  
Tel.: 06 11 / 75 42 20  
Fax: 06 11 / 75 39 15  
forschungsdatenzentrum@destatis.de

Forschungsdatenzentrum der  
Statistischen Landesämter  
– Geschäftsstelle –  
Tel.: 0211 / 9449 42 03  
Fax: 0211 / 9449 40 77  
forschungsdatenzentrum@lds.nrw.de

Diese Publikation wird kostenlos als **PDF-Datei** zum Download unter [www.forschungsdatenzentrum.de](http://www.forschungsdatenzentrum.de) angeboten.

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2006  
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

# Die Europäische Union – Integration von unten oder Elitenprojekt?

## Eine Sekundäranalyse von Mikrodaten der amtlichen Statistik

Ricarda Nauenburg\*

### Zusammenfassung

*Die Mikrodaten der Monatserhebung im Tourismus der amtlichen Statistik stehen inzwischen für die Jahre 1993 bis 2005 über die Forschungsdatenzentren zur Verfügung. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass diese Statistik nicht nur für Freizeit-, Tourismus- oder Konjunkturforscher interessant sein kann. Vielmehr dienen die Daten in diesem Fall der Überprüfung eines soziologischen Integrationskonzeptes für die Europäische Union. Inhalt des Konzeptes ist die Untersuchung einer „Integration von unten“, die sich im Alltag der EU-Bürger in Form von Austausch und Verflechtung zwischen den nationalen Bevölkerungen vollziehen soll. Das soziologische Integrationskonzept für die EU hebt sich damit explizit ab vom Konvergenzkonzept der Europäischen Kommission, das Integration verwirklicht sieht, wenn alle EU-Völker durch diverse Maßnahmen „von oben“ gleiche Lebensbedingungen haben. Die Untersuchung zeigt, dass politischen Akte, wie EU-Erweiterungen, die Einführung des Euro oder die Anwendung des Schengener Abkommens von den jeweils betroffenen Bevölkerungen mit einer gewissen Verzögerung angenommen und mit Leben erfüllt werden – ausgedrückt in einem verstärkten Reiseverhalten. Die Integration „von unten“ nach dem soziologischen Konzept findet also statt.*

## 1 Einführung

Die Europäische Union (EU) ist für die Bevölkerungen ihrer Mitgliedsländer mehr und mehr Realität geworden, ohne dass es diese sonderlich zu interessieren scheint. Das Wissen über EU-Strukturen und -Themen ist gering, die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist traditionell niedrig und im Sinken begriffen. Die Bürger der Mitgliedsländer stehen der EU indifferent gegenüber, sie identifizieren sich eher national (vgl. Nauenburg 2005). Dazu kommt der Vorwurf von Soziologen und Politikwissenschaftlern an die EU, dass in ihr ein Demokratiedefizit herrsche, wonach Entscheidungen und Gesetze auf EU-Ebene demokratisch nicht gedeckt seien. Diese Aussagen sind dem Selbstbild der EU verständlicherweise diametral entgegengesetzt.

---

\* Ricarda Nauenburg, Statistisches Landesamt Berlin

EU-Politiker und -Bürokraten arbeiten daran „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen, ... durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen, ... die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben...“ – niederlegt im Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaften (Amtsblatt der EU 2002, C 325/39). Daraus wird die konkrete Aufgabe abgeleitet, die „Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete ... zu verringern“ (Amtsblatt der EU 2002, Art. 158). Wie weit die EU sich hier sieht, wird in ihren Kohäsionsberichten abgebildet. Der erste Kohäsionsbericht erschien 1996. Auf ihm fußte die Agenda 2000, die den Politik- und Finanzrahmen der EU bis 2006 absteckte. Der zweite Bericht wurde 2001 veröffentlicht und war die Grundlage für die Diskussion um die Kohäsionspolitik der EU nach der Erweiterung von 2004. Die Diskussion mündete in den dritten Kohäsionsbericht, der 2004 erschien (Europäische Kommission 1996, 2001, 2004). Die EU hält im dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt an ihrer Kohäsionspolitik fest, die wie bisher die besondere Förderung der ärmsten Länder und Regionen der EU betrifft. Obwohl viele bisherige Förderregionen durch die Senkung der Schwellenwerte aus den Förderprogrammen herausfallen würden, bekräftigt der Bericht, dass auch diese Regionen weiter in den Genuss von Fördermitteln kommen sollen.

In allen Berichten wird deutlich, dass unter „Zusammenhalt“ die Abschwächung von „Disparitäten“ verstanden wird und unter „Solidarität der Völker der EU“ die Einteilung in Geber- und Nehmerländer. Das Integrationskonzept der Europäischen Union beinhaltet damit lediglich Konvergenz und keine echte Verflechtung. Soziologen haben dieses Integrationskonzept deshalb einer kritischen Revision unterzogen und mit Konzepten der *sozialen* Integration angereichert (für eine Zusammenfassung siehe Delhey 2004). Die Soziologie hat für sich die Aufgabe definiert, herauszufinden, ob die politische Integration der EU unterfüttert wird von einer sozialen Integration der EU von unten: Ist die EU nur ein reines Eliten-Projekt oder findet die EU-Gesellschaftsbildung auch in der Bevölkerung statt? Zeigen soll sich die „Integration von unten“ in einem zunehmenden Austausch und der Aufnahme von Beziehungen nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch in der Lebenswelt der Normalbevölkerung. Das soziologische Integrationskonzept hebt sich damit explizit ab vom vorherrschenden Konvergenzkonzept der Europäischen Kommission – es fragt nicht nach der Angleichung der Lebensumstände der EU-Bevölkerungen, sondern nach den wechselseitigen Beziehungen zwischen ihnen, und zwar unterhalb der politischen Ebene. Damit stehen die Handlungen und Lebenswelten der „einfachen Leute“ im Mittelpunkt der Forschung. Die empirische Untermauerung ihres erweiterten Integrationskonzeptes für Europa ist die Soziologie allerdings noch schuldig geblieben. Immerhin hat sie Forschungsfragen gestellt nach dem Ausmaß der sozialen Integration der EU, ihrer Entwicklungsdynamik über die Zeit und ob sie durch die verschiedenen Erweiterungsrunden gestärkt oder geschwächt wurde und nicht zuletzt was überhaupt die Bedeutung sozialer Integration für die EU ist (Delhey 2004: 4). Im Folgenden soll versucht werden, das junge soziologische Integrationskonzept für die EU mit empirischen Fakten anzureichern.

## 2 Empirische Untersuchung

Zunächst müssen geeignete Daten gefunden werden, mit deren Hilfe die Forschungsfragen beantwortet werden können. Auf der EU-Ebene wären das die diversen Maßnahmen zur politischen und wirtschaftlichen Integration der europäischen Staatengemeinschaft. Zu dieser „eliten-gelenkten“ Integration „von oben“ zählen z. B. die EU-Erweiterungen von 1995 und 2004, die Euro-Einführung oder die schrittweise Inkraftsetzung des Schengener Abkommens in EU- und Nicht-EU-Ländern<sup>1</sup>. Diese Ereignisse werden dann in Beziehung zu den Handlungen der betroffenen Bürger gesetzt: Spiegeln sich konkrete Maßnahmen auf EU-Ebene auch in der Lebenswelt der EU-Bevölkerungen wider? Sind diese politischen Ereignisse für ihr Alltagsleben relevant? Werden die Möglichkeiten, die die neuen Abkommen und Regelungen bieten, von den Bevölkerungen angenommen und wirken sie in Richtung Integration, d. h. Austausch und wachsender Verflechtung? Nehmen also nach den jeweiligen Ratifizierungsdaten der politischen Maßnahmen Handlungen der Bevölkerungen zu, die diese mit Leben erfüllen und damit als Ausdruck wachsender Verflechtung „von unten“ gelten können?

Welche Handlungen auf der Individualebene kämen nun in Frage, an denen Verflechtung gemessen werden kann? Die soziologische Perspektive nennt hier grenzüberschreitende Kommunikation und grenzüberschreitenden Austausch zwischen Individuen (Deutsch 1972, zit. nach Delhey 2004: 12). Es bietet sich also an, die Entwicklung von Studien- und anderen Auslandsaufenthalten, grenzüberschreitende Wanderungen, Eheschließungen mit Ausländern oder Reisen in andere EU-Länder zu untersuchen (vgl. Delhey 2004: 17ff.).

Für den vorliegenden Beitrag sollen die Daten der monatlichen Tourismusstatistik, die von den statistischen Ämtern der Länder durchgeführt wird, ausgewertet werden. Seit der Einrichtung der Forschungsdatenzentren der amtlichen Datenanbieter werden die Mikrodaten der amtlichen Statistik systematisch und auch rückwirkend aufbereitet (<http://www.forschungsdatenzentrum.de>). Die bundesweite Monatserhebung im Tourismus steht seit 2005 für wissenschaftliche Analysen zur Verfügung. Aufgabe der monatlich durchgeführten Statistik ist es, verlässliche Aussagen über den Stand und vor allem die kurzfristige Entwicklung des Tourismus in der Bundesrepublik Deutschland zu liefern. Sie ist eine Informationsquelle für das Beherbergungsgewerbe selbst, seine lokalen und regionalen Verbände sowie für die Länder und Gemeinden. Berichtspflichtig sind alle Beherbergungsstätten mit mehr als acht Gästebetten und Campingplätze, aber auch Sanatorien und Heilstätten. Erhoben wird die Anzahl der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen im Reiseverkehr, bei ausländischen Gästen auch das Herkunftsland. Das über Jahre konstante Fragenprogramm mit nur wenigen Brüchen erlaubt auch Auswertungen im Zeitverlauf. Durch die Berichtspflicht und eine Quasi-Totalerhebung mit sehr vielen Fällen kann von einer sehr guten Datenqualität ausgegangen werden. Die Sekundäranalyse der Tourismusstatistik für den oben genannten Zweck benötigt nur die Variablen Erhebungsjahr, Ankünfte nach Herkunftsland und Ankünfte von Ausländern insgesamt. Für die geplante Analyse werden die Daten von 1994

---

<sup>1</sup> Das Schengener Abkommen von 1985 bzw. das Schengener Durchführungsübereinkommen von 1990 beruhen nicht auf EU-Recht, sondern sind multilaterale zwischenstaatliche Abkommen. Nicht alle EU-Staaten sind Mitglieder (nicht: Großbritannien und Irland), dafür auch einige Nicht-EU-Mitglieder wie Norwegen, Island und die Schweiz. Erst mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 ist es ab 1999 in die EU-Kompetenz aufgenommen worden.

bis 2004 verwendet. Zu beachten ist, dass nur die Ankünfte in deutschen Übernachtungsstätten abgebildet sind, nicht die Reisen der Deutschen in das (EU-) Ausland oder der Touristenaustausch zwischen anderen (EU-) Ländern. Der hier zu prüfende Zusammenhang sollte sich jedoch auch in der Entwicklung der Ankünfte ausländischer Touristen in Deutschland zeigen. Da Deutschland EU-Gründungsmitglied ist, an der Einführung des Euro 2002 teilnahm und auch zum frühest möglichen Zeitpunkt das Schengener Abkommen ratifizierte, können die folgenden *Hypothesen* formuliert werden:

1. Nach jeder EU-Erweiterungsrunde nehmen die Ankünfte in Deutschland aus den jeweiligen Beitrittsländern im Vergleich zu den Vorjahren und zu den Ankünften der Nicht-EU-Ausländer in Deutschland spürbar zu.
2. Nach der Euroeinführung zum 1. Januar 2002 nehmen die Ankünfte aus den Euro-Ländern in Deutschland im Vergleich zu den Vorjahren und zu den Ankünften aus Nicht-Euro-Ländern in Deutschland spürbar zu.
3. Nach der Ratifizierung des Schengener Abkommens nehmen die Ankünfte in Deutschland aus den jeweiligen Ländern oder Ländergruppen im Vergleich zu den Vorjahren und zu den Ankünften aus Nicht-Schengen-Ländern in Deutschland spürbar zu.

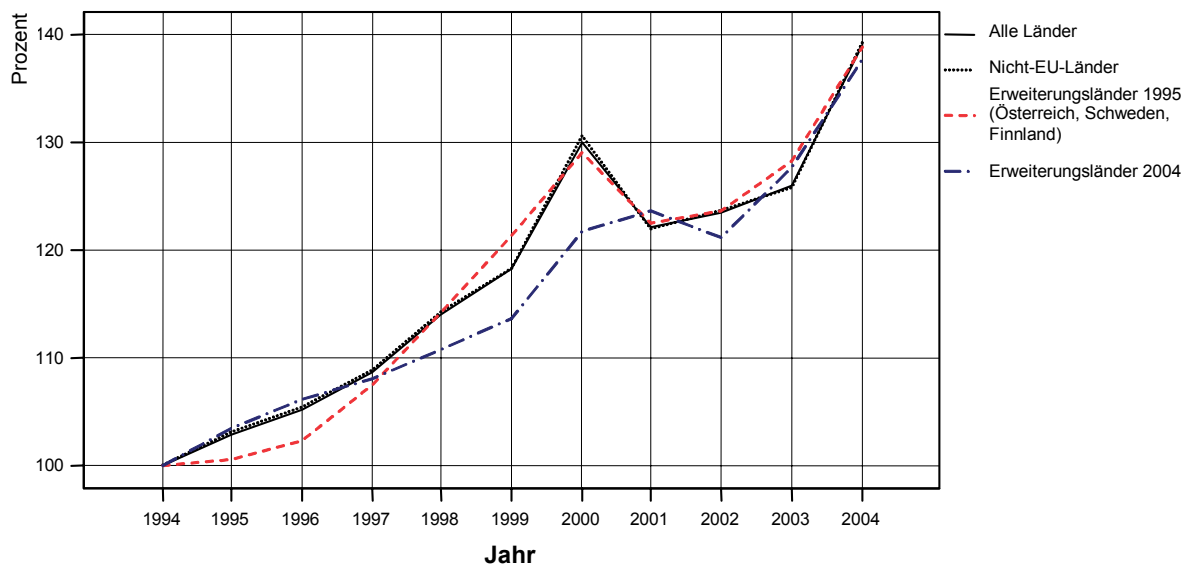
Zur Überprüfung der Hypothesen wurden die Daten der monatlichen Tourismusstatistik der Jahre 1994 bis 2004 zu einem Panel zusammengefügt. Anschließend wurden die monatlich pro Beherbergungsbetrieb erfassten Ankünfte aus den verschiedenen Herkunftsländern zu Jahressummen auf Bundesebene aggregiert<sup>2</sup>. Die Ankünfte des Jahres 1994 wurden gleich 100 Prozent gesetzt und die Zahlen der Folgejahre darauf bezogen. Die Auswertung erfolgt in grafischer Form. In allen Grafiken sind zwei Referenzlinien dargestellt: einmal die Ankünfte aus den Ländern, die nie von den jeweiligen Ereignissen betroffen waren und zum zweiten die Ankünfte *aller* Ausländer in Deutschland einschließlich der Ankünfte aus den betroffenen Ländern. Es werden Jahressummen abgebildet, da sonst starke Saisonschwankungen die Zusammenhänge verdecken. Außerdem ist auch anzunehmen, dass ein verstärkter Reiseverkehr im Rahmen der neuen Freizügigkeit nach den EU-Beitritten mit einer gewissen Verzögerung eintritt, so dass es auf die monatsgenaue Abtragung der Ankünfte nicht ankommt.

Abbildung 1 zeigt die Überprüfung der ersten Hypothese. Im Zeitraum von 1994 bis 2004 fanden zwei EU-Erweiterungsrunden statt. Zum 1. Januar 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland der Europäischen Union bei. Zum 1. Mai 2004 wurde die EU gleich um 10 neue Mitgliedsstaaten, die größtenteils zum ehemaligen Ostblock gehörten, erweitert. Die neuen Mitglieder sind: Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen, Malta und Zypern.

---

<sup>2</sup> Die Bundesländer Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sind nicht in die Analyse einbezogen, weil für sie Daten nur aus den späteren Erhebungsjahren zur Verfügung stehen. Damit fallen leider ausgewiesene Urlaubsgebiete weg. Nicht für alle in Frage kommenden Länder sind die Ankünfte in der Monatlichen Tourismusstatistik explizit erfasst, so nicht für Slowenien, die Slowakei, Malta und Zypern. Ankünfte aus diesen Ländern konnten deshalb nicht berücksichtigt werden.

**Abb. 1: Ankünfte aus EU-Erweiterungsländern, Nicht-EU-Ländern und allen Ländern in Deutschland, Jahressummen, 1994 = 100 Prozent**



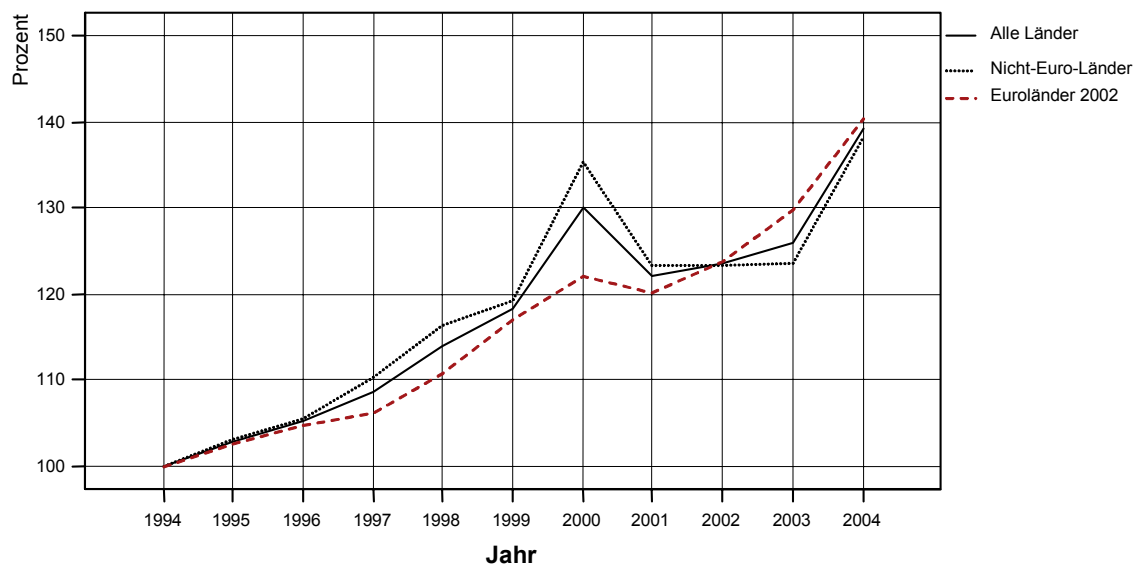
Quelle: Monatserhebung im Tourismus, eigene Berechnungen

Die Entwicklung des Reiseverkehrs ist insgesamt positiv. Innerhalb von zehn Jahren sind die Ankünfte aus dem Ausland um fast 40 Prozent gestiegen. Das lokale Hoch im Jahr 2000 wurde durch die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover mitverursacht. Im Jahr 2001 ist ein massiver Einbruch zu verzeichnen, der dem Terroranschlag vom 11. September angelastet werden muss. Diese Ereignisse sind auch in den folgenden Grafiken dominant. Über die nächsten zwei Jahre erholen sich die Ankünfte nur zögerlich. Davon abgesehen wird in Abbildung 1 deutlich, dass die Zuwächse der 1995er Erweiterungsländer nach 1995 zunehmen und bis zum Jahr 1999 über der allgemeinen Entwicklung liegen. 2003 liegen die Zuwächse wieder über dem Durchschnitt. Für die 2004er Erweiterungsrunde ist tatsächlich im Jahr 2004 der steilste Anstieg zu verzeichnen, eine Entwicklung, die allerdings schon im Jahr 2003 begonnen hat. Damit kann ein Zusammenhang zwischen EU-Mitgliedschaft und zunehmendem Austausch zwischen den betroffenen Bevölkerungen bestätigt werden.

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Ankünfte aus Euro-Ländern in Deutschland. Nach dem Stichtag 1. Januar 2002 nehmen die Ankünfte aus diesen Ländern wieder zu, und zwar bis 2003 stärker als der allgemeine Trend. Im Vergleich dazu stagnieren die Ankünfte aus den Nicht-Euro-Ländern im gleichen Zeitraum. Es ist allerdings bis einschließlich 2003 kein höherer Anstieg feststellbar als vor 2001. Die Einführung einer gemeinsamen Währung hat sich, wenn auch deutlich, so doch nur kurzfristig auf das Reiseverhalten ausgewirkt. Insgesamt ergibt sich kein einheitliches Bild. Deswegen kann Hypothese 2 auf diese Weise weder bestätigt noch eindeutig falsifiziert werden.



**Abb. 2 Ankünfte aus Euro-Ländern, Nicht-Euro-Ländern und allen Ländern in Deutschland, Jahressummen, 1994 = 100 Prozent**

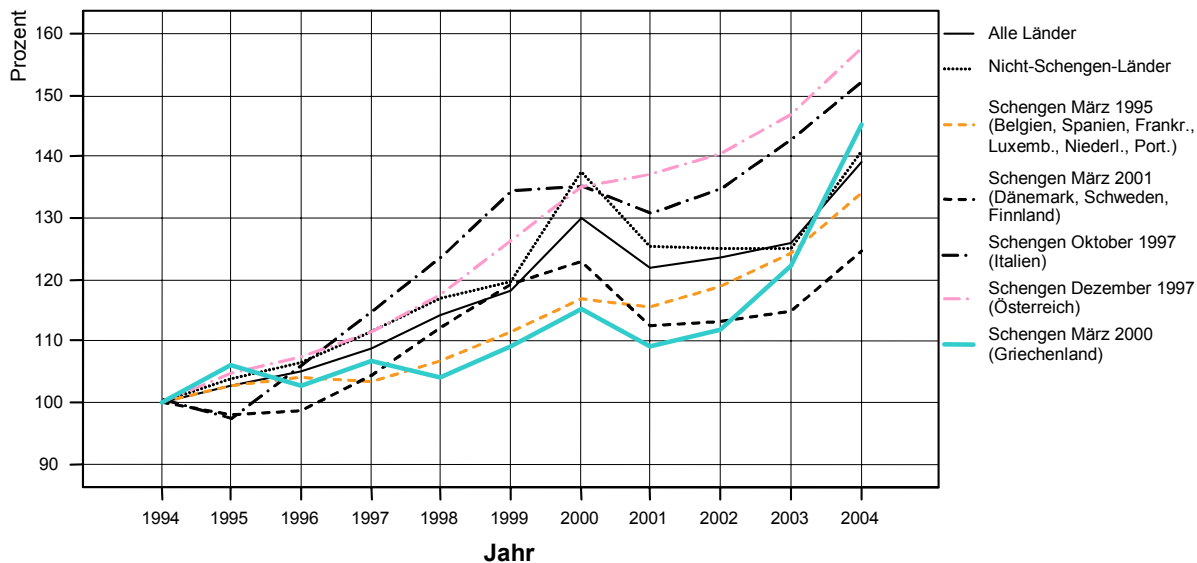


Quelle: Monatserhebung im Tourismus, eigene Berechnungen

In Abbildung 3 ist die Entwicklung der Ankünfte aus Schengen-Ländern in Deutschland seit 1994 zu sehen. Im Schengener Abkommen (bzw. Schengener Durchführungsübereinkommen) vereinbarten u. a. die Länder der Europäischen Union (außer Großbritannien und Irland), auf Personenkontrollen an ihren gemeinsamen Grenzen zu verzichten und die Kontrollen an den Außengrenzen dafür zu verstärken (siehe z. B. [http://ec.europa.eu/justice\\_home/fsj/freetravel/frontiers/fsj\\_freetravel\\_schengen\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/freetravel/frontiers/fsj_freetravel_schengen_de.htm)). Der endgültige Wegfall der Grenzkontrollen fand in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt. Im März 1995 geschah das u. a. zwischen den EU-Ländern Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Portugal. Im März 1997 folgten Italien und im Dezember 1997 Österreich. Griechenland verzichtete im März 2000 auf die Grenzkontrollen und im März 2001 schlossen sich Schweden, Finnland und Dänemark an. Hat nun das Schengener Abkommen den Austausch zwischen den EU-Ländern erleichtert? Die Ankünfte aus den 1995-er Schengen-Ländern haben sich im Vergleich zu den Nicht-Schengen-Ländern und zu allen ausländischen Ankünften nicht stärker entwickelt. Nur in den Jahren 2002 und 2003 liegen sie über den beiden Referenzlinien, was dann allerdings nicht mehr mit dem Stichtag in Zusammenhang gebracht werden kann. Die Ankünfte aus Dänemark, Schweden und Finnland, die dem Schengener Abkommen im März 2001 beigetreten sind, entwickelten sich im Vergleich zu den Referenzlinien eher schlechter. Die Zunahme der Einreisen aus Italien lässt ebenfalls keinen Zusammenhang zum Stichtag im Oktober 1997 erkennen. Auch Österreich zeigt einen Trend, der mit der Schengen-Ratifizierung im Dezember 1997 nicht zusammen gebracht werden kann. Allenfalls die Entwicklung der Ankünfte aus Griechenland würde – mit einiger Zeitverzögerung –

für die Hypothese stehen, dass der Wegfall der Passkontrollen den Austausch zwischen den EU-Bürgern gefördert hat.

**Abb. 3: Ankünfte aus Schengen-Ländern, Nicht-Schengen-Ländern und allen Ländern in Deutschland, Jahressummen, 1994 = 100 Prozent**



Quelle: Monatserhebung im Tourismus, eigene Berechnungen

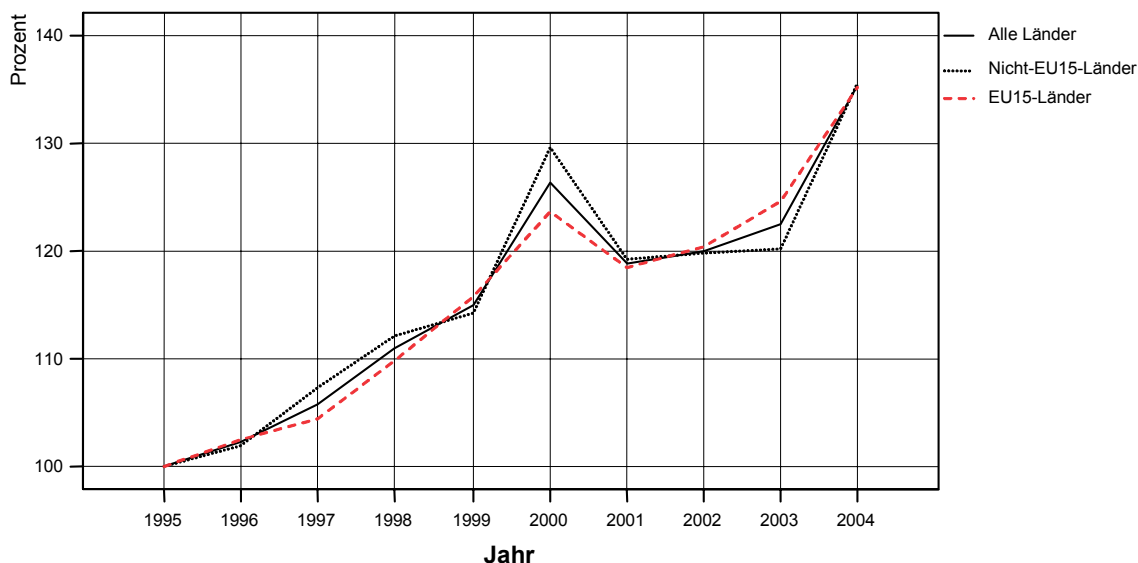
Die Reiseerleichterungen durch das Schengener Abkommen wurden von der europäischen Bevölkerung nicht mit einem überdurchschnittlichen Anwachsen des Reiseverkehrs nach den jeweiligen Stichtagen honoriert. Hypothese 3 kann deshalb nicht bestätigt werden.

Zwischen politischen Maßnahmen auf EU-Ebene und dem Reiseverhalten der betroffenen Bürger kann also größtenteils kein direkter Zusammenhang festgestellt werden. Es bliebe noch zu untersuchen, ob die Ankünfte aus der EU stärker zugenommen haben als die Ankünfte aus Nicht-EU-Staaten und die Ankünfte aller Ausländer. Ausgewertet werden die Ankünfte aus der „alten“ EU mit 15 Mitgliedsstaaten, wie sie von 1995 bis 2004 bestanden hat. Abbildung 4 zeigt das Ergebnis.

Die Zahl der Ankünfte aus der EU steigt von 1998 bis 1999 stärker an, bricht im Jahr 2001 nicht so stark ein und erholt sich bis 2003 schneller als die Zahl der Ankünfte aus Nicht-EU-Staaten bzw. aller Ausländer in Deutschland. Dass im Weltausstellungsjahr 2000 überdurchschnittliche Zuwächse nur bei den Nicht-EU-Ländern zu verzeichnen sind, kann der EU nicht unmittelbar angelastet werden. Das lässt die Schlussfolgerung

zu, dass die EU-Mitgliedschaft mit allen ihren Konsequenzen letztlich einen positiven Einfluss auf das Reiseverhalten und damit die Integration der betroffenen Bürger in den EU-Raum hat.

**Abb. 4: Ankünfte aus EU15-Ländern, Nicht-EU15-Ländern und allen Ländern in Deutschland, Jahressummen, 1995 = 100 Prozent**



Quelle: Monatserhebung im Tourismus, eigene Berechnungen

### 3 Schlussfolgerung

Die Europäische Union ist in dem Sinne ein Elitenprojekt, als der Anstoß, die Schaffung und Ausgestaltung eines „Integrationsrahmens“ zuerst auf der politischen Ebene erfolgt. Empirisch nachweisbar ist aber, dass die so geschaffenen Möglichkeiten von den europäischen Bevölkerungen auch nach und nach angenommen und mit Leben erfüllt werden. Dass die Europäer jedoch nur auf diese Maßnahmen gewartet hätten, kann aus der Analyse nicht geschlussfolgert werden. Das wird auch deutlich in der direkten Konfrontation der EU-Bürger mit Europa: bei den Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005 verhielten sie sich ablehnend. Wie die Grafik 4 zeigt, nimmt der Reiseverkehr innerhalb der Europäischen Union trotzdem überdurchschnittlich zu, wenn man einmal von der Zurückhaltung nach dem 11. September 2001 absieht. Die Zunahme kann zwar nicht direkt mit administrativen Maßnahmen in Verbindung gebracht werden, es ist aber nicht abzustreiten, dass diese Maßnahmen „von oben“ in der Summe einen positiven Einfluss auf die Touristenströme und damit auf die Beziehungen zwischen den Unionsbürgern haben. Die EU-interne „Integration von unten“ nach dem soziologischen Konzept findet also statt.

Es ist aber auch eine offensichtliche Tatsache, dass die Konvergenz der EU-Mitgliedsländer automatisch die soziale Integration zwischen ihnen mit sich bringt (und umgekehrt), auch wenn nur die Konvergenz ausdrücklich gefördert wird. Soziale Integration kann damit wenigstens indirekt innerhalb des in der EU vorherrschenden Konvergenzkonzeptes, das lediglich die Ähnlichkeit zwischen den Mitgliedsländern abgebildet, gemessen werden. Dass die Soziologie in der EU-Gesellschaftsbildung wenn auch spät, aber immerhin, ihr Betätigungsfeld sucht und auch findet, kann für die EU in dem Sinne nützlich sein, dass ein anderer Blickwinkel auf ein historisch einmaliges Unternehmen immer informativ ist. Die vorliegende Analyse reichert das junge soziologische Integrationskonzept für die EU mit bis dato raren empirischen Fakten an. Sie versteht sich als Beitrag zur Diskussion der verschiedenen Integrationskonzepte für die EU.

Die hier ausgewerteten Daten der Monatserhebung im Tourismus illustrieren einmal mehr die große Bandbreite der Themen, die mit amtlichen Daten bearbeitet werden kann. Es lohnt sich, die Entwicklung der Tourismusströme nach Deutschland abhängig von EU-Stichtagen weiter zu beobachten. Die gezeigten deskriptiven Analysen sind als ein erster Anfang bzw. als Anregung und Einstieg zu elaborierteren Untersuchungen zu sehen. Analysen zu diesem Thema könnten zum Beispiel durch die Auswertung der Wanderungsstatistik, die ab dem Erhebungsjahr 2000 in den Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik zur Verfügung steht, ergänzt werden.

## 4 Literatur

Delhey, Jan (2004): European Social Integration. From convergence of countries to transnational relations between peoples. Discussion paper SP I 2004 – 201. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Deutsch, Karl (1972): Nationenbildung – Nationalstaat – Integration. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf

Europäische Kommission (1996): Erster Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Dokument KOM(96) 542 und Bull. 11-1996, Ziff. [1.3.91](#), Brüssel

Europäische Kommission (2001): Einheit Europas - Solidarität der Völker - Vielfalt der Regionen. Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Dokument KOM 24, Brüssel

Europäische Kommission (2004): Die soziale und wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union und Auswirkungen der europäischen und der nationalen Politik. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Dokument KOM 107, Brüssel

Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. 2002. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. C325

Nauenburg, Ricarda (2005): Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge. Discussion paper SP I 2005 – 201. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung